

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

2. Juni 2014

### Afghanistan

#### Sicherheitslage

Am 26.05.14 sprengte sich ein Selbstmordattentäter in Kabul in der Nähe eines Armeebusses in die Luft. Dabei wurden zwei Menschen getötet und neun verletzt. Die Taliban bekannten sich zu dem Anschlag.

Am 28.05.14 schoss ein Unbekannter in der westafghanischen Stadt Herat mit einer Panzerfaust auf ein Fahrzeug des US-Konsulats und verletzte mindestens zwei ausländische Sicherheitsleute.

Im Bezirk Giro der ostafghanischen Provinz Ghazni wurden am 31.05.14 bei der Explosion eines an einer Straße versteckten Sprengsatzes mindestens zwölf Zivilisten getötet. Sogenannte improvisierte Sprengsätze (IED, Improvised Explosive Device) verursachen die meisten zivilen Opfer. Zwischen dem 01.01.14 und dem 22.05.14 registrierte die UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan) 312 getötete und 695 verletzte Zivilisten durch den Einsatz von IEDs.

### Pakistan

#### Kämpfe im Grenzgebiet zu Afghanistan

Am 31.05.14 griffen Aufständische einen Posten der pakistanischen Streitkräfte nahe der afghanischen Grenze in Bajaur (Stammesgebiete, Nordwestpakistan) an. Dabei sollen ein Soldat getötet und zwei verletzt worden sein. Mindestens 16 Angreifer seien nach Militärangaben getötet worden. Bei den Angreifern soll es sich um über 200 afghanische Taliban-Kämpfer gehandelt haben.

#### „Ehrenmord“ in Lahore

Am 27.05.14 wurde eine schwangere 25-jährige Frau von Familienmitgliedern vor einem Gericht in Lahore mit Ziegelsteinen von einer nahen Baustelle erschlagen. Die Frau hatte gegen den Willen ihres Vaters geheiratet. Sogenannte Ehrenmorde kommen in Pakistan häufig vor. Die Besonderheit dieses Falles liegt darin, dass er sich in der zweitgrößten Stadt Pakistans öffentlich ereignete.

### Irak

#### Sicherheitslage

Nach wie vor kommt es täglich zu Anschlägen. Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im Mai 1.027 Zivilpersonen getötet. Nach der Zählung der Nachrichtenagentur AFP wurden im Mai 1.075 Menschen getötet, davon 66 Polizisten, 123 Soldaten, 14 Mitglieder der Sahwa, ein Mitglied der kurdischen Sicherheitskräfte und 471 Extremisten.

Nach der UN Assistance Mission for Iraq (UNAMI) starben im Mai 603 Zivilpersonen, 1.108 erlitten Verletzungen. Zudem wurden 196 irakische Sicherheitskräfte getötet und 301 verletzt. Am stärksten betroffen war Bagdad (315 Tote, 617 Verletzte), gefolgt von Ninive (113 Tote, 247 Verletzte), Salahaddin (94 Tote, 146 Verletzte), Kirkuk (22 Tote, 60 Verletzte) und Diyala (38 Tote, 28 Verletzte). In diesen Angaben sind die Opferzahlen aus der Provinz Anbar nicht enthalten. Nach Angaben der Gesundheitsbehörde der Provinz Anbar seien bis zum 30. Mai 195 Tote unter der Zivilbevölkerung und 499 Verletzte zu verzeichnen gewesen, davon 95 Tote und 222 Verletzte in Ramadi und 100 Tote und 277 Verletzte in Fallujah.

### **Vorwurf des Einsatzes von Fassbomben**

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) wirft der irakischen Regierung vor, in der Provinz Anbar, insbesondere in Fallujah, beim Kampf gegen Aufständische sog. Fassbomben eingesetzt zu haben. Ziel sei u.a. auch immer wieder ein Krankenhaus in Fallujah gewesen. Die Angriffe sollen im Mai verstärkt worden sein. Seit Anfang Mai werfe die irakische Luftwaffe Fassbomben auf Wohnviertel der Stadt ab. Sie sollen Terroristen aus dem al-Qaida-Umfeld gelten, zu denen auch die Gruppe Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS) gehört. HRW beruft sich auf Zeugenberichte. Die irakische Regierung bestreitet den Einsatz von Fassbomben.

## **Syrien**

### **Angriff auf Chemiewaffeninspektoren**

Die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen dementierte Berichte der syrischen Regierung, dass Rebellen Chemiewaffeninspektoren verschleppt hätten. Bestätigt wird jedoch ein Angriff auf ein Team von Waffeninspektoren am 27.05.14. Die Experten suchten in der Provinz Hama nach Spuren von Chlorgas.

### **Sicherheitslage**

Bei einem Anschlag der Gruppe Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS) auf drei kurdische Dörfer im Norden wurden Berichten der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge am 29.05.14 im Dorf Ras al-Ain 15 Kurden, darunter Kinder, getötet. Zudem hätten Milizen der ISIS fast 200 Kurden im Alter von 17 bis 70 Jahren aus der Stadt Qabasin in der Region Aleppo verschleppt.

Am 30.05.14 kamen in der nordsyrischen Stadt Aleppo bei einem Bombenanschlag mindestens 20 syrische Soldaten und verbündete Milizionäre ums Leben, als unter einer Armeestellung ein Tunnel zum Einsturz gebracht wurde. Zu dem Anschlag bekannte sich das Rebellenbündnis Islamische Front.

Laut Berichten iranischer Medien vom 31.05.14 soll ein Kommandant der iranischen Revolutionsgarden, Abdullah Eskandari, bei der Verteidigung einer „heiligen schiitischen Stätte“ in Syrien getötet worden sein. Von offizieller Seite wurde dies nicht bestätigt.

## **Israel/Palästinensische Autonomiegebiete**

### **Rami Hamdallah zum Chef der palästinensischen Einheitsregierung ernannt**

Am 29.05.14 hat Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas den im Westjordanland amtierenden Ministerpräsidenten Rami Hamdallah zum Chef der neuen Einheitsregierung ernannt, die auch den Gazastreifen verwalten soll. Allerdings verzögert sich die Bekanntgabe der Kabinettsliste, weil zwischen Hamas und al-Fatah noch keine Einigkeit besteht, wer Außenminister werden soll. Laut Pressemeldungen ist die Bekanntgabe der Kabinettsliste für den 02.06.14 geplant.

## **Jemen**

### **Folterung von Migranten**

Jemenitische Schlepper halten afrikanische Migranten, die überwiegend aus Ländern am Horn von Afrika stammen und Jemen durchreisen, um etwa in Saudi-Arabien zu arbeiten, in Internierungslagern fest. Dort sollen sie gefoltert werden, um Lösegelder von ihren Angehörigen zu erpressen. Das geschehe mit Unterstützung lokaler Beamter, kritisiert die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) in einem am 25.05.14 veröffentlichten Bericht. HRW forderte, die jemenitische Regierung solle umfassende Ermittlungen gegen die Menschenhändler und Sicherheitskräfte einleiten. Mit der Erpressung der Familien der gefangenen Migranten lässt sich viel Geld im Jemen verdienen, das eines der ärmsten Länder im Nahen Osten ist. Migranten schilderten, dass ihre Familienangehörigen und Freunde für ihre Freilassung Lösegelder in Höhe von umgerechnet 150 € bis zu mehr als 700 € bezahlt haben. Ein Schmuggler, der mit den Familien über die Lösegelder verhandelt, berichtete, dass er sogar öfter 950 € pro Migrant erpressen konnte.

### **AQAP gibt Hinrichtung von vier Drohnen-Zielaufklärern im Jemen bekannt**

Die radikalislamistische Gruppierung AQAP (Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel) hat nach eigenen Angaben vier Zielaufklärer hingerichtet, die Ziele für US-Drohnenangriffe markiert haben sollen. In einem am 01.06.14 veröffentlichten Video hieß es, vier Spione seien getötet worden. Sie hätten Sender auf Fahrzeugen von Jihadisten montiert, die vor rund zwei Jahren bei Drohnenangriffen umgekommen seien. Die USA sind der einzige Staat, der im Jemen Drohnen einsetzt. Die jemenitische Regierung stimmt dem Einsatz zu. Mitte April wurden bei einer Welle von Drohnenangriffen auf AQAP-Stützpunkte und -Trainingslager etwa 60 mutmaßliche Jihadisten getötet.

## **Türkei**

### **Jahrestag der Gezi-Proteste**

Um das Demonstrationsverbot auf dem Istanbul Taksim-Platz zum ersten Jahrestag der Gezi-Park-Proteste durchzusetzen, wurden über 25.000 Polizisten und 50 Wasserwerfer eingesetzt. Dabei kam es am 31.05.14 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und einigen Hundert Demonstranten. Nach Presseberichten wurden bei den Zusammenstößen ca. 13 Menschen verletzt und über 120 vorübergehend festgenommen. Auch aus Ankara und mehreren anderen Städten wurde über kleinere Zusammenstöße berichtet.

Ende Mai vergangenen Jahres hatten sich Demonstrationen gegen die Abholzung von Bäumen und Baumaßnahmen im Gezi-Park binnen weniger Wochen zu landesweiten Massenprotesten gegen die Regierung ausgeweitet. Zahlreiche Demonstranten stehen noch wegen Vandalismus oder Teilnahme an illegalen Demonstrationen vor Gericht.

### **Verfassungsgericht ordnet Freigabe von YouTube an**

Nach der Veröffentlichung des Mitschnitts von vertraulichen Gesprächen zwischen Regierungsmitgliedern bei YouTube hatte die türkische Regierung im März 2014 das Videoportal gesperrt. Am 29.05.14 ordnete das Verfassungsgericht in Ankara die Freigabe des Portals an, da die Sperre unrechtmäßig sei und individuelle Freiheitsrechte verletze. Eine Twitter-Sperre hatte das Verfassungsgericht bereits Anfang April 2014 aufgehoben.

## **Iran**

### **Hinrichtung wegen Verbindung zur MEK**

Allen Appellen von Menschenrechtsaktivisten ungeachtet ist ein Mann wegen seiner Verbindungen zur Exiloppositionen Gruppe „Mujahedin-e Khalq-e Iran“ (MEK) hingerichtet worden. Nach Berichten der Nachrichtenagentur Ina wurde Gholamresa Chosrawi Sawaddjani am 01.06.14 wegen des Vorwurfs „Feindschaft gegen Gott“ (Mohareb) gehängt. Der Hingerichtete soll die MEK mit sensiblen Dokumenten versorgt und finanziell unterstützt haben. Bei seiner Festnahme 1997 wurden nach Angaben der iranischen Justiz unter anderem Papiere und Bilder von Militärstützpunkten entdeckt, die an die Exilgruppe weitergeleitet wurden. Für Iran sind die MEK nicht nur Terroristen, sondern auch Verräter am Vaterland, weil sie zwischen 1980 und 1988 das Nachbarland Irak im Krieg gegen Iran unterstützt hatten.

### **Lange Haftstrafen für Regierungskritik auf Facebook**

Nach iranischen Oppositionsangaben sind acht Regierungsgegner wegen kritischer Facebook-Kommentare zu Haftstrafen von bis zu 20 Jahren verurteilt worden. Wie die Oppositions-Website „Kaleme“ am 30.05.14 berichtete, fielen die Urteile bereits in der vergangenen Woche. Dem Bericht zufolge reichten die Anklagepunkte von „Beleidigung des Revolutionsführers“ (Ayatollah Seyyed Ali Khamenei) über Anti-Regierungsaktivitäten bis hin zum Vorwurf der „Verbreitung von Lügen“. Die iranische Regierung betreibt einen großen Aufwand, um die freie Nutzung sozialer Netzwerke einzuschränken. Dennoch gelingt es Aktivisten immer wieder, das Netz für Kritik zu nutzen.

## **Ägypten**

### **Sieg für al-Sisi**

Nach vorläufigen Angaben hat Abdel Fattah al-Sisi die Präsidentenwahl vom 26.05. bis 28.05.14 mit mehr als 90 % der abgegebenen Stimmen gewonnen. Sein einziger Gegenkandidat, der linksgerichtete Politiker Hamdin Sabahi, erreichte 3,7 %.

Wegen der ursprünglich sehr geringen Wahlbeteiligung hatte die Nationale Wahlkommission die Abstimmung um einen Tag verlängert. Unabhängigen Wahlbeobachtern zufolge soll dies zulässig gewesen sein. Nach offiziellen Angaben gaben schließlich 45 % der rund 54 Mio. Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Dies bezweifelt die Muslimbruderschaft, die zum Boykott aufgerufen hatte. Sie bezifferte die Wahlbeteiligung auf lediglich etwa 12 %.

Der unterlegene Kandidat Hamdin Sabahi erhob gegen den Ablauf der Wahl Beschwerde bei der Wahlkommission. Er forderte unter anderem, alle Stimmen für ungültig zu erklären, die am dritten Wahltag abgegeben worden waren. Die Wahlkommission wies die Beschwerde am 01.06.14 ohne Begründung zurück. Sie kündigte die Bekanntgabe des offiziellen Endergebnisses für den 03.06.14 an.

## **Sierra-Leone**

### **Erster Ebola-Todesfall**

Das Gesundheitsministerium Sierra Leones hat am 26.05.14 den ersten Ebola-Todesfall in der Provinz Koindu (Grenzgebiet zu Guinea) bestätigt. Zehn weitere Personen aus Koindu wiesen Symptome einer Ebola-Infektion auf, von denen vier bereits starben. Im Nachbarland Guinea bestätigte die WHO am 24.05.14 acht neue Infektionsfälle (in Gueckedou, Macenta und Telimele), darunter drei Tote in Macenta. Damit steigt die Zahl bestätigter Fälle in Guinea auf 174, darunter 95 Todesfälle.

## **Nigeria**

### **Präsident erklärt Boko Haram den „totalen Krieg“**

Staatspräsident Jonathan erklärte am 29.05.14 in einer Fernsehansprache zum 15. Jahrestag der Rückkehr Nigerias zur Demokratie der islamistischen Terrororganisation Boko Haram den „totalen Krieg“. Die Sicherheitskräfte seien angewiesen, einen großangelegten Angriff zu starten, damit die Terroristen nicht straflos davonkommen. Gleichzeitig bot er deren Kämpfern, die dem Terrorismus abschwören, „Dialog und Versöhnung“ an.

### **Lage der Chibok-Mädchen**

Am 26.05.14 erklärte Alex Badeh, Generalstabschef der nigerianischen Streitkräfte, dass der Aufenthaltsort der mehr als 200 Schulmädchen bekannt sei, die am 14.04.14 von Boko Haram aus einer Schule in Chibok (nordöstlicher Bundesstaat Borno) entführt wurden. Er werde aber nicht bekanntgegeben, um die Mädchen nicht zu gefährden. Deshalb erfolge auch keine gewaltsame Befreiung. Laut Angaben des US State Department vom 27.05.14 können Badehs Angaben zum Aufenthaltsort der Mädchen nicht bestätigt werden. Die USA haben 80 Soldaten in Nigerias Nachbarland Tschad verlegt, um bei der Suche nach den Mädchen mit Aufklärungsflugzeugen und Drohnen zu helfen.

### **Mutmaßliche Anschläge der Boko Haram**

Am 31.05.14 gegen 18 Uhr ereignete sich im Gebiet Gavan (Kaban) der Stadt Mubi (nordöstlicher Bundesstaat Adamawa) in einer Bar, in der ein Fußballspiel im Fernsehen gezeigt wurde, eine Bombenexplosion. Es gab mindestens 14 Tote; teilweise wird von über 40 Toten berichtet. Als Täter werden Angehörige der islamistischen Terrororganisation Boko Haram vermutet.

Am Morgen des 31.05.14 überfielen mutmaßliche Boko-Haram-Angehörige auf Lastwagen mit Sturmgewehren, Benzinbomben und Sprengstoff drei Dörfer (Kanari, Wazarde und Gula, nach anderen Angaben Wondula, Annari und Warshela) in der Gamboru LGA (nördöstlicher Bundesstaat Borno) an der Grenze zu Kamerun. Sie töteten mindestens 42 Menschen.

Am 30.05.14 attackierten gegen 9 Uhr mutmaßliche Boko-Haram-Angehörige bei der Ortschaft Tashan Alade (südlicher Teil des Bundesstaates Borno) den Fahrzeugkonvoi des traditionellen Muslimführers Shehu Mustapha Idris Timta, Emir von Gwoza. Dieser befand sich in einem Fahrzeug zusammen mit den Emiren von Uba und Askira auf der Fahrt nach Gombe zu einer Trauerfeier. Bei dem Anschlag wurde der Emir von Gwoza getötet, seine Begleiter blieben unverletzt.

Am 27. oder 28.05.14 griffen mutmaßliche Boko-Haram-Angehörige das Dorf Gurmushi (Bundesstaat Borno, Marte LGA) an. Sie töteten bis zu 42 Menschen und brannten das Dorf nieder.

Am Abend des 26.05.14 attackierten Boko-Haram-Kämpfer in der Stadt Buni Yadi (nordöstlicher Bundesstaat Yobe) eine Militärbasis sowie eine benachbarte Polizeikaserne. Sie töteten bis zu 24 Soldaten sowie 21 Polizisten.

In der Nacht vom 15. zum 16.05.14 griffen vermutlich Boko-Haram-Angehörige im nordöstlichen Bundesstaat Borno drei Dörfer an, darunter Moforo (Marte LGA) und Kimba (Biu LGA). Sie töteten in Moforo etwa 25 Männer und in Kimba acht, die sie alle beschuldigt hatten, einer gegen die Boko Haram gerichteten Bürgerwehr anzugehören.

Laut Zählung der Nachrichtenagentur Reuters vom 27.05.14 soll Boko Haram seit der Entführung der Chibok-Schülerinnen mehr als 470 Zivilisten getötet haben.

### **UN-Sanktionen gegen Boko Haram**

Der UN-Sicherheitsrat hat am 22.05.14 die islamistische Gruppe Boko Haram offiziell als Terrororganisation eingestuft und Sanktionen gegen die Gruppe verhängt. Boko Haram wurde auf die Liste der Organisationen mit Verbindungen zur Terrororganisation Al-Qaida gesetzt, was u.a. ein Waffenembargo gegen die Gruppe und die Sperrung von deren Konten zur Folge hat. Laut Angaben des Leiters des zuständigen Strafmaßnahmen-Gremiums, Gary Quinlan, gebe es sehr klare Beweise, dass Boko-Haram-Mitglieder mit der al-Qaida im Islamischen Maghreb gemeinsame Trainingseinheiten absolviert haben, wobei vor allem der Gebrauch von selbst gebauten Sprengsätzen geübt worden sei.

## **DR Kongo**

### **Milizenführer verurteilt**

Am 23.05.14 verurteilte der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag den früheren kongolesischen Milizenführer Germain Katanga wegen Beihilfe an einem Massaker mit mindestens zweihundert Toten im Februar 2003 im Dorf Bogoro (Distrikt Ituri der nordöstlichen Provinz Orientale) zu zwölf Jahren Gefängnis. Die über sechs Jahre Untersuchungshaft werden auf die Gefängnisstrafe angerechnet. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da Katanga und die Anklagevertreter Berufung eingelegt haben.

## **Dschibuti**

### **Al-Shabaab bekennt sich zu Selbstmordanschlag**

Für einen Selbstmordanschlag auf ein beliebtes Restaurant in der Hauptstadt Dschibuti, bei dem am 24.05.14 drei Menschen ums Leben gekommen und mindestens 15 – darunter auch drei deutsche Angehörige einer EU-Mission – verletzt worden waren, übernahm die al-Shabaab die Verantwortung. Ihr Sprecher Ali Mohamed Rage erklärte, al-Shabaab habe das Lokal in Dschibuti als Ziel gewählt, da Regierungsmitarbeiter aus Frankreich und anderen westlichen Staaten es häufig besuchten. Als Rechtfertigung für den Anschlag nannte er die Gewalt gegen Muslime in der Zentralafrikanischen Republik und den Abfall der Regierung Dschibutis vom Islam.

Dschibuti ist Flottenstützpunkt im internationalen Einsatz gegen somalische Piraten. Zudem kämpfen dschibutische Soldaten im Rahmen der AMISOM gegen die al-Shabaab.

## **Mali**

### **Verteidigungsminister tritt zurück/Waffenruhe hält**

Nachdem die Armee am 21.05.14 daran scheiterte, die Stadt Kidal von den Rebellen zurückzuerobern, ist der Verteidigungsminister Soumeylou Boybeye Maiga am 27.05.14 zurückgetreten. Die Kämpfe der malischen Armee am 21.05.14 sollen 20 Todesopfer und 30 Verletzte gekostet haben.

Die am Abend des 23.05.14 von der malischen Regierung und den drei in der MNLA zusammengeschlossenen Rebellengruppen vereinbarte Waffenruhe hält an.

## **Kamerun**

### **Entführte frei**

Zwei italienische Priester und eine kanadische Nonne, die am 05.04.14 im nördlichen Distrikt Maroua entführt worden waren, wurden am 01.06.14 freigelassen. Niemand bekannte sich zur Entführung. Verdächtig wird die nigerianische Boko Haram.

## **Zentralafrikanische Republik**

### **Angriff auf Kirche**

Unbekannte griffen am 28.05.14 die Kirche Notre Dame de Fatima in der Hauptstadt Bangui an, auf deren Gelände etwa 9.000 Binnenflüchtlinge Schutz gesucht hatten. Laut UNHCR wurden mindestens 17 Menschen getötet und mindestens 27 von den Angreifern verschleppt. Daraufhin forderten am 30.05.14 in Bangui Tausende den Rücktritt von Präsidentin Catherine Samba-Panza sowie den Rückzug des von der Bevölkerung als christenfeindlich wahrgenommenen Truppenkontingents aus Burundi. Dieses ist Teil der International Support Mission for CAR (MISCA) der Afrikanischen Union. Zwei Demonstranten wurden getötet, als Sicherheitskräfte die Proteste auflösten.

## **Somalia**

### **Kindern droht Hungertod**

Nach Angaben von Unicef sind bis 200.000 Kinder im Alter von fünf Jahren vom Hungertod bedroht, sofern die Vereinten Nationen keine zusätzlichen Gelder erhalten. Um eine minimale Gesundheitsversorgung von mehr als drei Mio. Frauen und Kindern zu gewährleisten, seien 150 Mio. USD erforderlich. Bisher seien nur 15 Mio. USD eingegangen.

## **Sudan**

### **Luftangriffe in den Nubabergen**

Nach Angaben der SPLM-N (Sudan People's Liberation Movement-North) warf die sudanesishe Luftwaffe vom 27.05.14 an drei Tage lang insgesamt mehr als 53 Bomben auf die Ortschaft Kauda in den Nubabergen im Bundesstaat Südkordofan. Dabei wurden Gebäude zerstört und beschädigt sowie mehrere Personen verletzt. Kauda soll ein Stützpunkt der SPLM-N sein.

Die SPLM-N ist der sudanesishe Zweig der südsudanesischen SPLM. Sie rebelliert gegen die Regierung in Khartum.

### **Tote bei Kämpfen zwischen verfeindeten Stämmen**

Bei schweren Kämpfen zwischen zwei Clans des arabischen Stammes der Misseriya um den Besitz von Land kamen im Bundesstaat Westkordofan am 29.05.14 mindestens 43 Angehörige beider Clans ums Leben, 37 wurden verletzt. Nach Vermittlung örtlicher Führungspersonlichkeiten gelang es, die Kämpfe zu beenden.

## **Südsudan**

### **Keine Kontrolle über Rebellen**

Kurz vor der Wiederaufnahme von Friedensgesprächen mit der südsudanesischen Regierung in Addis Abeba erklärte Riek Machar in einem Interview, er habe keine vollständige Kontrolle über die Rebellen. Er räumte ein, dass es sich bei seinen Kämpfern auch um Freiwillige handele, die sich der Rebellion angeschlossen hätten. Es brauche Zeit, sie zu trainieren und eine Kontroll- und Kommandostruktur zu errichten.

Der Bürgerkrieg in Südsudan forderte seit Dezember 2013 Tausende Todesopfer. Etwa 1,3 Mio. Menschen wurden vertrieben. Rund 75.000 Menschen suchten in UN-Basen Zuflucht vor ethnischer Gewalt.

## **Ukraine**

### **Kämpfe in der Ostukraine dauern an**

In der Ostukraine wird die Lage immer unübersichtlicher. Seit Tagen belagern ukrainische Regierungstruppen die Rebellenhochburgen Slawjansk und Kramatorsk, wo pro-russische Separatisten wichtige Stellungen besetzt halten. Medien berichten übereinstimmend von mehreren Toten auf beiden Seiten. Über genaue Opferzahlen gibt es widersprüchliche Angaben. Unklarheit herrscht weiterhin um die Identität der Separatisten. Seit Wochen gibt es Hinweise auf ausländische Söldner, die an der Seite der pro-russischen Separatisten kämpfen.

Bundesaußenminister Steinmeier und US-Außenminister John Kerry zeigten sich besorgt über Berichte, wonach über Russland trainierte Kämpfer, darunter aus Tschetschenien, in die Ostukraine eindringen, um auf der Seite der pro-russischen Separatisten zu kämpfen.

Der Machthaber der russischen Kaukasusrepublik, Ramsan Kadyrow, dementierte zwar, Milizionäre zum Kämpfen in die Ostukraine gesandt zu haben. Er schloss aber nicht aus, dass sie auf eigene Faust dorthin gereist sein könnten.

## **Georgien**

### **Abchasiens Präsident Ankwab tritt zurück**

Oppositionsanhänger stürmten am 27.05.14 den Präsidentenpalast in Suchumi am Schwarzen Meer und zwangen Präsident Ankwab zur Flucht. Sie machen ihn verantwortlich für die wirtschaftliche und soziale Krise in der von Georgien abtrünnigen Region Abchasien. Bei einer Parlamentssitzung am 29.05.14 hatten 20 der 21 anwesenden von insgesamt 35 Abgeordneten Ankwab zum Rücktritt aufgefordert und am 31.05.14 den Parlamentsvorsitzenden, Valeri Bganba, zum neuen Übergangspräsidenten ernannt sowie den 24.08.14 als Datum für eine vorgezogene Präsidentschaftswahl festgesetzt. Ankwab hatte aus Protest gegen den bewaffneten Umsturzversuch seine Demission zunächst zwar abgelehnt, gab aber am 01.06.14 seinen Rücktritt bekannt. In einer Rede an die Nation erklärte er, seine Demission solle der Stabilität des Landes dienen. Der ebenfalls entmachtete abchasische Regierungschef Leonid Lakerbaja weigert sich weiterhin, seinen Rücktritt zu erklären.

Kreml-Berater Wladislaw Surkow, der am 28.05.14 nach Abchasien entsandt worden war, erklärte am 01.06.14, Russland werde aktiv mit dem neuen abchasischen Präsidenten, seiner Regierung und dem Parlament zusammenarbeiten.

### **Hintergrund**

Ankwab war im August 2011 zum Präsidenten Abchasiens gewählt worden. Russland und Georgien hatten im August 2008 einen fünf Tage langen Krieg um Abchasien und die ebenfalls abtrünnige Provinz Südossetien geführt. Russland erkannte die beiden Kaukasusprovinzen als unabhängige Staaten an. Tausende russische Soldaten sind in der Region stationiert, Georgien wertet dies als illegale Besetzung seines Territoriums.

## **Myanmar**

### **Politische Gefangene**

Wie die Organisation Assistance Association for Political Prisoners (Burma) am 27.05.14 verlautete, befinden sich in Myanmar mindestens 59 politische Gefangene in Haft. Zudem würden weiterhin politische Aktivistinnen angeklagt, im Jahr 2014 bislang insgesamt 85.

## **China**

### **Situation in Xinjiang**

Am 28.05.14 erschoss die Polizei in Kashgar zwei junge Männer, die eine Messerattacke verübt haben sollen, bei der zwei Personen Verletzungen erlitten hatten.

Vor etwa 7.000 Zuschauern wurden am 28.05.14 in einem öffentlichen Prozess in einem Sportstadion der Stadt Yining 55 Personen, meist Uiguren, u.a. wegen Mordes, Separatismus und der Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation zu hohen Strafen verurteilt. Drei von ihnen erhielten die Todesstrafe. Bereits am 21.05.14 waren 39 mutmaßliche Extremisten in einem Verfahren vor einem Gericht in Ürümqi zu Haftstrafen von bis zu 15 Jahren verurteilt worden.

Laut einer offiziellen Mitteilung vom 27.05.14 hob die Polizei eine mutmaßliche Terrorzelle aus. Dabei seien fünf Personen festgenommen und 1,8 Tonnen für den Bombenbau verwendbares Material sichergestellt worden.

Wie vergangene Woche bekannt wurde, explodierte am 23.05.14 vor der Polizeistation in Shache (Präfektur Kashgar) eine Bombe. Vier Bomben konnten entschärft werden.